



Erhöhung der Grunderwerbsteuer:

Rot-Grün ist die Koalition der Steuererhöher

Nur drei Jahre nach der letzten Erhöhung planen die Fraktionen von SPD und Grünen eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5 Prozent. Damit liegt Nordrhein-Westfalen mit Schleswig-Holstein zukünftig an der Spitze im Bundesländervergleich.

Das zeigt: Weniger als eine Woche nach den überaus kritischen Anhörungen zu den Haushaltsplanungen des Landes erweist sich das Zahlenwerk des Finanzministers auch aus Sicht der Regierungsfractionen als Makulatur. Die selbst verursachten Haushaltslöcher sind offenbar nur noch durch Steuererhöhungen zu stopfen. An Sparen denkt bei Rot-Grün offensichtlich niemand.

Gerade junge Familien, die Eigentum bilden und erwerben wollen, sind damit die Leidtragenden der gescheiterten Finanzpolitik von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen. Wer beispielsweise für 250.000 Euro ein Haus gekauft hat, musste bislang 12.500 Euro Grunderwerbssteuer an den Staat zahlen. Künftig fallen jetzt 16.250 Euro Steuern an, was einer Erhöhung von 30 Prozent entspricht.

Kleine Anfrage

Innenminister Jäger konzeptlos gegen Hooligans

Jäger entwickelt sich zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko, wenn er die Gewaltbereitschaft von Fußball-Hooligans unterschätzt. Der Einsatz von zu wenig Polizisten bei Risikospielen geht auf Kosten der Gesundheit der Einsatzkräfte. Der Minister hat auch weiterhin kein vernünftiges Einsatzkonzept.

47 verletzte Polizisten in Köln, 12 verletzte Polizeibeamte bei einer Massenschlägerei auf Schalke beim Bundesligaspiel gegen Hertha BSC Berlin. Die Kritik am neuen Einsatzkonzept kann der Innenminister nicht entkräften. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW bezeichnet das neue Einsatzkonzept als „Spiel mit dem Feuer“.

Noch bevor am Wochenende in Köln die Lage eskalierte, habe ich vor dem Hintergrund der Schlägerei auf Schalke eine parlamentarische Kleine Anfrage auf den Weg gebracht und das Einsatzkonzept bei sogenannten Risikospielen hinterfragt. Wenn nun rechtsradikale Kräfte mit Hooligans gemeinsame Sache machen, braucht es keine Sonntagsreden sondern konkrete Maßnahmen.

Die unerträgliche Schönrederei des Innenministers muss ein Ende haben. Die Zeche für seine Versäumnisse zahlen die Polizisten in unserem Land. Kleine Anfrage: <http://kurzlink.de/GGrisikospiele>

Antwort auf Kleine Anfrage

Landesregierung plant Pflichtgebühren für Lebensmittelkontrollen

Die Landesregierung plant Pflichtgebühren für Lebensmittelkontrollen einzuführen. Rot-Grün bezieht sich dabei auf eine neue EU-Richtlinie, die die Erhebung von Gebühren zwar nicht zwingend vorsieht, aber als Option ermöglicht.

Jeder Betrieb, der kontrolliert wird, wird demnach bei Lebensmittelkontrollen eine Gebühr zahlen müssen. Für die Kontrolleure und Betriebe entstehen so zusätzliche Bürokratie und Kosten. Die Qualität der Prüfung würde aber durch diese Maßnahme unberührt bleiben. Auch wenn die Höhe der Gebühren gestaffelt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen ausgerichtet werden soll. Die Mehrkosten werden letztendlich auf den Endkunden abgewälzt.